

Sibylle Reinhardt, Dagmar Richter (Hrsg.)

POLITIK *Methodik*

Handbuch für die
Sekundarstufe I und II

Cornelsen

Redaktion: Gabriele Teubner-Nicolai, Berlin
Umschlaggestaltung: Lemme DESIGN, Berlin / Magdalene Krumbeck, Wuppertal
Layout und Satz: Beate Schubert, Berlin

www.cornelsen.de

6. Auflage, 2. Druck 2021

© 2007 Cornelsen Verlag Scriptor GmbH & Co. KG, Berlin
© 2018 Cornelsen Verlag GmbH, Berlin

Das Werk und seine Teile sind urheberrechtlich geschützt.
Jede Nutzung in anderen als den gesetzlich zugelassenen Fällen bedarf
der vorherigen schriftlichen Einwilligung des Verlages.
Hinweis zu §§ 60 a, 60 b UrhG: Weder das Werk noch seine Teile dürfen ohne eine
solche Einwilligung an Schulen oder in Unterrichts- und Lehrmedien (§ 60 b Abs. 3 UrhG)
vervielfältigt, insbesondere kopiert oder eingescannt, verbreitet oder in ein Netzwerk
eingestellt oder sonst öffentlich zugänglich gemacht oder wiedergegeben werden.
Dies gilt auch für Intranets von Schulen.

Druck: AZ Druck und Datentechnik GmbH, Kempten

ISBN: 978-3-589-22527-9



PEFC zertifiziert
Dieses Produkt stammt aus nachhaltig
bewirtschafteten Wäldern und kontrollierten
Quellen.
www.pefc.de

Inhalt

■ Einführung: Der didaktische Rahmen (S. Reinhardt/D. Richter)	8
--	---

■ Methoden

Systematischer Lehrgang (T. Goll)	27
Politisches Entscheidungsdenken (V. Meierhenrich)	32
Fallanalyse (F. Langner)	37
Konfliktanalyse (A. Dietz)	43
Dilemma-Methode (M. May)	49
Problemstudie (H. Hoppe)	54
Fallstudie (T. Grammes)	58
Planspiel (C. Wiepcke)	63
Erkundung (A. Brunold)	68
Bürgeraktion (A. Brunold)	73
Projekt (D. Lange)	78
Praktikum (R. Hedtke)	83
Zukunftswerkstatt (C. Boeser)	88
Szenario-Technik (K. Röhl)	93
Forschendes Lehren und Lernen (K. Moegling)	98
Lektüre einer wissenschaftlichen Originalschrift (F. Mühlhoff/S. Reinhardt)	103
Einsatz wissenschaftlicher Instrumente (A. Scherb)	108

■ Interaktionen

Unterrichtsgespräch (S. Reinhardt)	113
Rollenspiel (A. Petrik)	116
Debatte (J. Schattschneider)	119
Expertenbefragungen als Hearings (K. Moegling)	123
Streitgespräch Pro/Kontra (S. Gänger)	126
Talkshow (K. Röhl)	129
Podiumsdiskussion (K.-P. Hufer)	132
Beobachtung, Befragung, Experiment (H. Arndt)	135

Bürgeraktion

Andreas Brunold

Begriffsbestimmung und Abgrenzung

Die Methode der Bürgeraktion kann in einem doppelten Kontext verortet werden, denn sie ist sowohl in der schulischen Bildungsarbeit als auch in der außerschulischen politischen Jugend- und Erwachsenenbildung präsent. Ihre Wirksamkeit als Form bürgerschaftlichen Engagements ist aber bislang noch weitgehend innerhalb des zweiten Kontextes gegeben, in welchem sich auch ihre historischen Wurzeln finden lassen. Diese leiten sich her aus den in den 1970er und 1980er Jahren entstandenen Protestbewegungen, die häufig kritisch gegenüber staatlichem Handeln eingestellt waren. In den 90er Jahren entstand eine neue Form der Freiwilligenarbeit, die stärker darauf achtete, dass Selbstverwirklichung und Tun für andere miteinander im Einklang stehen.

Die Bürgeraktion zielt zumeist auf den Wirkungskreis einer Stadt oder Gemeinde, indem bestimmte lösungsbedürftige öffentliche und zumeist das Gemeinwohl betreffende Probleme vor Ort angegangen und konsensfähigen Lösungen nähergebracht werden sollen. Sie soll zu eigenverantwortlichem, gemeinnützigem Handeln und zu kritischem Engagement ermutigen und den Einsatz als notwendige Ergänzung und Alternative zum Handeln der öffentlichen Verwaltung auf dem Gebiet der Daseinsvorsorge betonen.

Im Bereich der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung muss die Bürgeraktion von der Bürgerinitiative abgegrenzt werden. Während beide Formen Aktionscharakter besitzen und den Anspruch der Gemeinwohlorientierung in sich tragen, ist die Werthaltigkeit einer Bürgerinitiative im gesellschaftlichen Bewusstsein vergleichsweise schwächer verankert. Diese kann sich sowohl für als auch gegen ein öffentliches Anliegen aussprechen und dieses dann zur Diskussion stellen oder eventuell auch zur Abstimmung bringen. Dagegen widmet sich eine Bürgeraktion in der Regel der Durchsetzung eines bereits in der öffentlichen Meinungsbildung als durchsetzungsfähig akzeptierten Ziels.

Eine Bürgeraktion besitzt zwei perspektivische politische Dimensionen, denn sie kann zum einen das Handeln „als Bürger“ implizieren, zum anderen aber auch das Handeln für ein auf die Bürgerschaft bezogenes soziales und gemeinwohlorientiertes Engagement beinhalten. Kann bei ersterer Perspektive der Bürger noch eher im simulativen oder konventionellen Bereich als Bürger handeln, so tritt er bei der zweiten Perspektive aus dem Windschatten eingefahrener Beteiligungs- oder Partizipationsverfahren heraus und betätigt sich aktiv an einem Projekt von politischer Substanz, z. B. einer lokalen Agenda 21.

Phasen der Realisierung

Auf die schulische Bildungsarbeit bezogen geht die Methode der Bürgeraktion davon aus, dass ein konkreter Gegenstand im Unterricht definiert wird, dessen Umsetzung einer Folge von bestimmten Schritten unterliegt (REINHARDT 2005, 114 ff.):

1. Als Vorbedingung wird geklärt, wie die Aufgabe bzw. der Gegenstand in einem inhaltlichen und zeitlichen Rahmen zu erfüllen ist.
2. In einer Konkretisierungsphase werden die Anliegen der Klasse aufeinander abgestimmt.
3. In der Planungsphase werden Aufgaben für Gruppenarbeiten festgelegt. Die Suche nach Informationen, Meinungsbildern sowie Partizipationsmöglichkeiten mit Aktionscharakter steht im Vordergrund.
4. In der Bearbeitungsphase werden die Ergebnisse der Gruppenarbeiten zusammengeführt.
5. Die Realisierung der Aktion erfordert die kritische Reflexion der Arbeit, damit die Lernenden Einfluss auf die Außenwelt nehmen und ihre Anliegen kommunizieren können.

Didaktische Bedeutsamkeit

Zur Anbahnung einer Bürgeraktion muss ein konkreter Anlass gegeben sein, der zu kontroversen Stellungnahmen herausfordert. Dazu eignet sich die Analyse eines Falles, der arbeitsteilige Verfahren und differente Methoden und Arbeitsformen zulässt. Erkennbar ist die Nähe zur Problemstudie und Projektmethode. Eine Bürgeraktion ist stets verbunden mit kommunikativem Handeln nach außen, wobei – ähnlich der Fallanalyse – der zu unter-

suchende Gegenstand durch eine Innen- und eine Außensicht erschlossen werden kann. Die Methode verlangt Initiative und Kreativität. Die Funktion des Lehrers besteht v. a. in der Moderation des Verfahrens und der Prozessbegleitung. Bei der Bewertung der Wirkung kommen insbesondere die Merkmale der Förderung der Gemeinschaft, die Hilfe für Mitbürger, die Ausstrahlung in die Öffentlichkeit sowie die Vorbildlichkeit der Aktion im schulischen Umfeld zum Tragen.

Nach einem einleitenden Suchprozess geht es darum, diesen zu steuern, weshalb der Ablauf einer Bürgeraktion einer gewissen Standardisierung bedarf. In dieser Phase wird deutlich, dass der Lehrende für die Beratung bzw. Moderation zuständig ist und die Gruppen für das Gelingen verantwortlich sind. Wichtig ist ein der Arbeitsteiligkeit förderliches Lernklima, nicht zuletzt um den Brückenschlag zu örtlichen Institutionen wie der Stadtverwaltung oder sozialen Einrichtungen leisten zu können. Den Schülern sind Entscheidungswege in einer Kommune oft nicht bekannt, sodass häufig Zurückhaltung gegenüber Institutionen und deren Vertretern besteht. Dies gilt auch für die Öffentlichkeitsarbeit, denn die Aktionsteilnehmer müssen ermutigt werden, ihr Anliegen selbst in die Öffentlichkeit zu tragen. Eine Bürgeraktion ist daher verbunden mit intensivem politischen Lernen der Beteiligten. Sie beginnt mit der Herausforderung, in einer Gruppe gemeinsame Ziele und Strategien zu entwickeln, setzt sich fort in der Kommunikation mit Bürgern und gipfelt in der öffentlichen Artikulation gemeinschaftlicher Interessen.

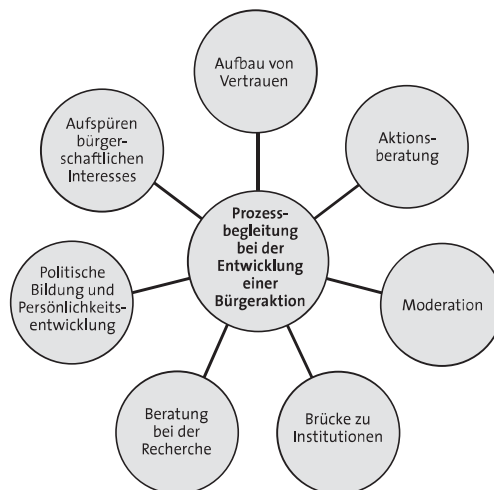


Abb. 1: Schema der Prozessbegleitung (angelehnt an STADLER/KÄTER 1997, 69 ff.)

Beispiel einer Bürgeraktion

Die Vermittlung von Medien- und Kommunikationskompetenz ist eine zentrale Aufgabe Politischer Bildung (DIECKMANN 1997, 373), denn mündiger Bürger wird nur der sein können, der sich der Medien in kompetenter Weise zu bedienen gelernt hat. Die Durchführung eines Projekts „Zeitung in der Schule“ (vgl. BRUNOLD 2000) kann ein Weg dazu sein, denn die Wirkung der Medien kann nur dann erkannt werden, wenn Lernende den effektiven Umgang mit dem Medium Zeitung kennen (vgl. BRAND/BRAND/SCHULZE 1995). Durch ihre Orientierung an kommunalpolitischen Sachverhalten ist sie in vielen Fällen der Schlüssel zu Institutionen der Politik, wie zum Gemeinderat oder Kreistag.

Das Thema der Bürgeraktion wurde in einem gemeinsamen Suchprozess von den Lernenden selbst gewählt und erschlossen. Ausgangspunkt war eine Sitzung des Petitionsausschusses des baden-württembergischen Landtages in der Stadt Backnang, die eine Bürgerinitiative gegen die Vergrößerung der örtlichen Kreismülldeponie gegenüber dem Landkreis Rems-Murr angestrengt hatte und über die eine Arbeitsgruppe einen Pressebericht verfasste. Ein Interview mit dem Backnanger Oberbürgermeister zu Großprojekten und zur Mitbestimmung bei Planungsvorhaben wurde durchgeführt; weiter wurden kontroverse Meinungsbilder durch Passantenbefragungen erhoben, was auch emotionale Aspekte ins Spiel brachte.

Das offene Austragen von Konflikten macht den Lernenden viel stärker die Eigenschaften und Grenzen öffentlich-rechtlicher Strukturen klar als theoretisch angelegte Analysen mit Schaubildern, Statistiken und Gesetzestexten und bietet darüber hinaus die Chance zum kontroversen demokratischen Meinungsaustausch (ACKERMANN u. a. 1995, 17).

Die Methode ermöglicht dabei insbesondere die Berücksichtigung unterschiedlicher Lernebenen, indem sie kognitive und affektive Anreize auf dem jeweiligen Niveau der Zielgruppe anzubieten vermag. Damit erkennt sie dem Primat der Handlungsorientierung im Erkenntnisprozess eine zentrale Bedeutung zu. Dies setzt ein verändertes Rollenverständnis von Lernenden und Lehrenden voraus, das der Selbstorganisation und der methodischen Vielfalt von Lernprozessen größtmöglichen Spielraum eröffnet.

Die Phasen und Handlungsmuster lassen sich wie folgt darstellen:

Phasen der Bürgeraktion	Handlungsmuster
Planungsphase	Gemeinsamer Abstimmungs- und Organisationsprozess
Informationsbeschaffung	Recherchen, Kommunikation mit einer Bürgerinitiative und Institutionen, Umfragen und Interviews
Problembearbeitung	Sachanalysen, Berichterstattung und Anwendung journalistischer Techniken, Moderation, Argumentation und Diskussion
Ergebnisreflexion	Dokumentation als Sonderseite „Zeitung in der Schule“ in der örtlichen Tageszeitung

Als Ergänzung der Bürgeraktion bot sich die Gelegenheit, eine Einladung im Landratsamt Waiblingen wahrzunehmen, über die nun auch die „Stuttgarter Nachrichten“ und die „Stuttgarter Zeitung“ berichteten. Die dortigen Gespräche brachten die prozessuale Dimension ins Spiel, die auf die Vermittlung von Interessen durch Konflikt und Konsens abstellt. Die Bürgeraktion antizipierte die wenig später eingetretenen politischen Realitäten, nach denen der Petitionsausschuss des Landtages mit Erfolg empfahl, das Volumen der Deponie erheblich zu begrenzen (vgl. Landtagsdrucksache 12/1770 vom 11.12.1997 über die Petition 11/7246).